

Wie NRW seine Spitzen-Forscher in Zukunft für sich gewinnen will

Was muß geschehen, damit Forscher aus aller Welt nach NRW ziehen? Brauchen wir das „Unternehmen Uni“? Droht uns eine Schlacht um kluge Köpfe? Darüber stritten Innovationsminister Andreas Pinkwart und der Wissenschaftslobbyist Eckhard Schröter

DAS LAND ZWISCHEN Rhein und Ruhr hat etwas zu bieten – das verkündete Ministerpräsident Jürgen Rüttgers diese Woche in New York und Washington. Dort traf er deutsche Wissenschaftler, die den Forschungsstandort USA dem Standort NRW vorziehen. Was muß geschehen, damit sich das ändert? Innovationsminister Andreas Pinkwart und Eckhard Schröter, Lobbyist deutscher Auslands-Forscher, trafen sich im Düsseldorfer Interconti-Hotel zum dreistündigen Disput. Das Gespräch moderierte Till-R. Stoldt.

Eckhard Schröter: Vizepräsident der GSO (Lobby deutscher Auslands-Forscher). Lehrt Verwaltungswissenschaft in Friedrichshafen, zuvor Berkeley

Welt am Sonntag: Herr Minister, warum ist es überhaupt wichtig, daß deutsche Wissenschaftler nicht ihr Leben in den USA verbringen, sondern irgendwann in die Heimat zurückkehren?

Andreas Pinkwart: Ganz einfach: Wo die besten Forscher sind, findet man die besten Studenten,

und wo diese beiden Gruppen vereint sind, entsteht Spitzenforschung. Daraus resultieren Erkenntnisse, die in Produkte verwandelt werden. Dann siedeln sich Unternehmen an, Arbeitsplätze entstehen und Steuereinnahmen steigen. Kurz: Spitzenforscher sind Wohlstandsmagneten. Deshalb sind sie weltweit begehrt.

Eckhard Schröter: Die Dramatik dieses Wettbewerbs darf man aber nicht unterschlagen. Da wird um unser aller Wohlstand gerungen. Denn das Wachstum ist am höchsten, wo am intensivsten geforscht wird – also nicht bei uns. Weder NRW noch Deutschland insgesamt kommen in dieser Konkurrenz gut weg. Zudem wird der Kampf härter und schneller.

Warum?

Schröter: Weil andere Länder viel mehr unternehmen, um Spitzenkräfte anzuziehen. Und weil wir wegen der schrumpfenden Bevölkerung von Jahr zu Jahr dringender auf jeden Kopf angewiesen sind; die anderen europäischen Länder aber auch.

Pinkwart: Darin steckt aber auch eine Chance: NRW und Deutschland haben ein enormes Aufholpotential. Wir können aus eigener Kraft noch viel stärker und attraktiver werden. Und diese

Erfahrung des Aufholens kann beflügeln. Schon jetzt, trotz aller Hindernisse, gibt es in NRW eine gewaltige Begeisterung für Wissenschaft. Anders lassen sich die relativen Erfolge unserer Forscher gar nicht erklären. Was meinen Sie, was dieser Enthusiasmus bewirkt, wenn die Hindernisse erst weggefallen sind? Dann haben wir alle Chancen, als höchst begehrter Forschungsstandort zu gelten.

Der Weg dahin scheint weit. Einer von Rüttgers' Gesprächspartnern war der Ökonom Till von Wachter aus Bonn. Sein Diplom machte er mit Bestnote, dann promovierte er in Berkeley. Anschließend bekam er Stellen in den USA, aber auch Juniorprofessuren in Deutschland angeboten. Er zog die USA vor. Dort sei der Markt für Wissenschaftler breiter, zudem müsse man weniger lehren und verdiene mehr. Wie holt man solche Leute zurück?

Schröter: Das ist ein typischer Fall. Bis zu 7000 deutsche Forscher arbeiten in den USA, die wir hier gut gebrauchen könnten.

Von denen stammt etwa ein Viertel aus Nordrhein-Westfalen.

Schröter: Manche Forschungspolitiker haben geglaubt, mit Einfüh-



...rung der Juniorprofessur hätten sie einen Köder für diese klugen Köpfe gefunden. Diese neue Professur sollte herausragende Forscher nach der Promotion anlocken, weil sie als Juniorprofessoren selbständig forschen und lehren dürfen - ohne den international völlig abseitigen Weg der Habilitation einzuschlagen. Aber der Köder taugt bislang nicht viel.

Woran liegt's?

Schröter: An den schlechteren, kaum durchschaubaren Chancen auf Weiterbeschäftigung nach der auf sechs Jahre befristeten Juniorprofessur. In den USA sind diese Aussichten deutlich attraktiver. Zudem wurden statt tausender nur einige hundert Juniorprofessuren eingerichtet - für die andernorts auch noch Stellen gestrichen wurden.

Pinkwart: Die rechtlichen Voraussetzungen für eine Weiterbeschäftigung von Juniorprofessoren haben wir in NRW aber geschaffen. Die Hochschulen machen nur kaum Gebrauch davon.

Schröter: Weil das Geld kostet...

...und das fehlt, wie die Hochschulen in NRW beklagen.

Schröter: Zu Recht. In NRW werden pro Jahr unter zwei Prozent des BIP in Forschung investiert. In Baden-Württemberg sind es vier Prozent. Von Spitzen-Hochschulen in den USA oder Großbritannien ganz abgesehen. Dort wird pro Student ein Vielfaches von dem aufgewendet, was wir in Deutschland investieren.

Pinkwart: Stimmt. Unsere Hochschulen müssen reicher werden.

Woher soll das Geld kommen? Müssen die Studiengebühren angehoben werden?

Pinkwart: Nein, an der Höchstgrenze von 500 Euro wird sich nichts ändern. Noch vor wenigen Monaten wollte Ex-Bundesforschungsministerin Bulmahn den Ländern verbieten, überhaupt Gebühren zu erheben. Und wir führen die Studienbeiträge doch gerade erst ein.

Aus welchen Quellen soll das zusätzliche Geld dann fließen?

Pinkwart: Vor allem aus privaten, aber auch aus staatlichen Forschungsanstrengungen.

Schröter: Bei privaten Spenden sind die hiesigen Verhältnisse mit denen in den USA bislang unvergleichbar. An der Universität von Kalifornien in Berkeley werden

200 Millionen Dollar pro Jahr gespendet, an einer erfolgreichen deutschen Uni wie München sind es unter zehn Millionen Euro.

Pinkwart: Moment. Wir haben ja begonnen, Hochschulen zu beraten, wie sie ihr privates Spendenaufkommen erhöhen können. Aber es braucht Zeit, um so einträgliche Alumni-Organisationen wie in den USA aufzubauen...

...also Gruppen von Ehemaligen, die nach ihrem Studienabschluß für ihre Hochschule spenden...

Pinkwart: ...genau, und mit dem Fundraising ist es ähnlich. Um private Förderer für die Uni zu gewinnen, muß man professionell zu werben lernen.

Ein Beispiel?

Pinkwart: Das beginnt bei Kleinigkeiten. Als ich meine Zeugnisse nach dem Diplom und der Promotion überreicht bekam, wurde mir quasi ein Zettel über die Theke geworfen. So wenig Feierlichkeit weckt kein Zugehörigkeitsgefühl und keine Zahlungsfreude. Hochschulen müssen sich so zu präsentieren lernen, daß emotionale Bindungen entstehen!

Andreas Pinkwart: Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung, FDP-Landeschef, Lehrte Betriebswirtschaft in Düsseldorf

Der Ökonom setzt auf Seele.

Pinkwart: Natürlich. Aber nicht nur. Im Stiftungs- und Steuerrecht muß manches geändert werden, damit Vermögende mehr Anreize zum Spenden sehen. Auch ans Patentrecht müssen wir heran: Hochschulen müssen in jedem Fall die Erträge aus Lizenzen für ihre Entdeckungen und Erfindungen genießen. Wir werden auch Anreize setzen, damit die doppelte Buchführung in Hochschulen selbstverständlich wird. Und was finanzielle Unterstützung aus der Wirtschaft angeht: Da ist noch viel zu holen. Spitzenleistungen der Forschung müssen von der Wirtschaft auch angemessen finanziert werden.

Für manche Studenten, die schon gegen Studiengebühren auf die

Straße gingen, klingt das nach der totalen Ökonomisierung der Uni.

Pinkwart: Die haben es leider nicht verstanden. Universitäten werden nie zu Unternehmen mutieren. Und das ist gut so. Würden Sie die Kirchen primär als Konzerne bezeichnen, nur weil sie mit Controlling arbeiten?

Schröter: Auf eine Gefahr muß man aber hinweisen: Wir befinden uns in einem radikalen Umbruch hin zu profitorientierterem Denken. Wenn Hochschulen aber plötzlich Geld verdienen wollen, drohen Qualitätsstandards zu verrutschen. Mancher Hochschullehrer könnte etwa Studiengänge entwerfen, die nur als Geldproduktionsmaschinen taugen. Das muß man verhindern.

Wie?

Schröter: In Berkeley werden zum Beispiel Professoren regelmäßig einem Review-Verfahren unterzogen. Ihre wissenschaftliche Leistung, nicht ihre Fähigkeit, Geld zu erwirtschaften, wird permanent von Kollegen und Studenten überprüft. Und wenn die Leistung stimmt, wird das finanziell honoriert.

Pinkwart: Aber dieser Qualitätsverlust läßt sich doch vermeiden, indem das Land - und dafür sorgen wir - regelmäßig die Leistungsstandards an den Hochschulen von externen Gutachtern bewerten läßt. Daran können sich Studenten orientieren. Wer da glaubt, er könne ohne Niveau das schnelle Geld machen, wird sich wundern.

Apropos Wundern: Ein wissenschaftliches Wunderkind wie der Ökonom Axel Ockenfels kritisiert, junge, hungrige Forscher wollten mehr forschen und weniger lehren. Warum, so fragt er, dürfen Wissenschaftler nicht selbst entscheiden, wo sie Schwerpunkte setzen - beim Lehren oder Forschen? Denkbar wäre, daß sie am Karriereanfang, wenn der Forscherdrang groß ist, mehr forschen und weniger lehren. Später dann wird es umgedreht?

Pinkwart: Da kann ich nur entgegenen: Warten Sie auf unser Hochschulfreiheitsgesetz, an dem wir derzeit arbeiten.



Ein anderer Spitzenwissenschaftler aus NRW, der Stammzellforscher Hans Schöler, bemängelt, junge Forscher bräuchten mehr Aufstiegsperspektiven. Wenn ein junger Forscher erfolgreich Geld für seine Projekte einwerbe, müsse die Hochschule ihm auch mehr Forschungsräume bereitstellen. Und wenn ein etablierter Professor nicht mehr so viel einwerbe, müßten ihm Räume genommen werden.

Pinkwart: Auch da sage ich: Warten Sie bis zum Herbst, dann wird das Hochschulfreiheitsgesetz verabschiedet. All diese Schritte zu mehr Wettbewerb in den Hochschulen sind dann möglich. Auch die Besoldung nach Leistung werden wir noch ausweiten. Die

Hochschulen können dann Gehälter deutlich erhöhen und viel schneller berufen oder befördern. Die Berufungsdauer werden wir auf durchschnittlich drei Monate reduzieren. Vor kurzem brauchte man dafür 18 Monate.

Schröter: Das gilt vielleicht für die Naturwissenschaften. In den Geisteswissenschaften brauchen Berufungen im Schnitt immer noch zwei Jahre.

Pinkwart: Da vertraue ich auf diejenigen Geisteswissenschaftler, die es als selbstverständlich betrachten, mit ihrem Fach auch internationalen Standards gerecht werden zu können.

Schröter: Um all diese Reformen in die Praxis umzusetzen, braucht man aber auch starke Persönlichkeiten, die unbequeme Entscheidungen in den Unis gegen Widerstände durchkämpfen können. Daran hapert es hierzulande. In den USA hat sich das Berufsbild des Wissenschaftsmanagers etabliert. Der kann von außerhalb eingekauft werden, um die Hochschule effektiv zu führen.

Pinkwart: In den USA hat sich sogar ein Markt für diese Manager entwickelt, was Konkurrenz und Höchstleistungen begünstigt.

Schröter: All das fehlt in NRW. Der Rektor wird von Kollegen gewählt, und zu denen geht er nach seiner Amtszeit auch zurück. Das senkt den Mut zu unbequemen Entscheidungen. Wissenschaftsmanager könnten die Professoren auch von der Verwaltung entlasten. Bislange müssen sie Prüfungsordnungen schreiben, in Ausschüssen sitzen und finanzielle Projekt-Förderung beantragen. Das können Profis besser.

Pinkwart: Deshalb werden wir die Position der Rektoren und Dekane stärken. Die Amtszeit des Rektors wird verlängert, außerdem wird er künftig nicht mehr vom Senat, sondern von einem Hochschulrat gewählt, der zu über 50 Prozent mit externen Experten besetzt ist. Auf diesen Posten kann man auch von außerhalb berufen werden. Und so wird sich das Berufsbild des Wissenschaftsmanagers herausbilden.

Schröter: Top-Leute brauchen aber höhere Gehälter...

Pinkwart: ...weswegen wir im Kreis der Kultusminister darauf drängen, die Vergabeverordnung zu ändern. Dann können Wissenschaftsmanager und Spitzenforscher angemessen bezahlt werden.

Schröter: Diese Manager brauchen aber mehr Macht. Die liegt derzeit noch beim Wissenschaftsministerium.

Pinkwart: Die Macht bekommen sie. Der Staat muß loslassen können - wir in NRW machen das. Bald können Hochschulen fast alles autonom regeln - wie sie ihr Geld verwenden, welche Professoren sie berufen und welchen Rektor sie ernennen. Auch wie sie mit ihren Liegenschaften verfahren, sollen sie mittelfristig selbst entscheiden. 2007 starten zwei Hochschulen einen Modellversuch.

Schröter: Wenn Sie das alles verwirklicht haben, sollten wir uns wieder zusammensetzen. Vielleicht in zehn Jahren?

Pinkwart: In einem Jahr! Dann lohnt sich's schon!

Was investieren öffentliche Hand und Wirtschaft in die Forschung?

ENTWICKLUNG DER AUSGABEN IN DEN BUNDESLÄNDERN 1993 - 2003 (in Millionen Euro)

	1993	1995	1997	1999	2001	2003	Anstieg im Jahresdurchschnitt 1993-2003
Baden-Württemberg	9125	9302	10 045	10 997	11 940	12 322	3,05
Bayern	7805	8240	8527	9629	10 829	11 348	3,81
Berlin	2449	2417	2588	2778	3235	3107	2,41
Brandenburg	397	507	584	672	658	550	3,32
Bremen	497	583	427	452	490	641	2,58
Hamburg	1049	1233	1309	1263	1128	1435	3,18
Hessen	3512	3631	3755	4482	4626	5107	3,82
Mecklenburg-Vorp.	211	249	268	291	348	395	6,48
Niedersachsen	2489	2772	2859	3963	4475	5240	7,73
NRW	6941	6729	7101	7792	8099	8460	2,00
Rheinland-Pfalz	1397	1457	1766	1948	1795	1678	1,85
Saarland	201	204	219	227	256	277	3,25
Sachsen	1043	1312	1533	1743	1867	1841	5,85
Sachsen-Anhalt	464	503	513	523	546	531	1,36
Schleswig-Holstein	671	639	648	674	743	731	0,86
Thüringen	433	542	628	630	835	798	6,30

Quelle: RWI Essen

NORDRHEIN-WESTFALEN IM UNTEREN MITTELFELD

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in NRW liegen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Während NRW 2003 nur 1,8 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) dafür verwendete, waren es im Bundesdurchschnitt 2,6 Prozent. Der Abstand zwischen NRW und dem Durchschnitt ist in den 90ern sogar angewachsen.

VERANTWORTLICH: DIE „ABSTINENTE WIRTSCHAFT“

Die geringe Forschungsintensität in NRW ist auf die Zurückhaltung der hiesigen Unternehmen zurückzuführen. Während die Wirtschaft 2003 bundesweit 1,79 Prozent des BIP in Forschung investierte, waren es in NRW nur 1,09 Prozent. Auch in Bayern (2,42 Prozent) und Baden-Württemberg (3,12 Prozent) investierten Unternehmen deutlich mehr in Forschung.

Der Heimkehrer: Hans Schöler

Ein Star der wissenschaftlichen Szene von NRW ist der Stammzellforscher Hans Schöler. Fünf Jahre, von 1999 bis 2004, forschte und lehrte er an der „University of Pennsylvania“ in den USA. Dort gelang ihm ein Experiment, das international für Furore sorgte: Aus embryonalen Stammzellen einer Maus stellte er Eizellen her. Das US-Fachmagazin „Science“ und die Zeitschrift „Discovery“ wählten ihn daraufhin zu einem der führenden Wissenschaftler des Jahres 2003. Dennoch kehrte Schöler 2004 zurück nach Deutschland. Ihn lockte NRW, weil er „ein Traumangebot“ bekam, wie er selbst sagt: die Leitung des Max-Planck-Instituts für Molekulare Medizin in Münster. Hier kann er sich allein auf das Forschen konzentrieren (in den USA mußte er auch lehren), hier konnte er ein großes Institut aufbauen und gestalten. Das reizt fast jeden.

Aber auch die wissenschaftsfreundliche Atmosphäre in NRW unter den Ministerpräsidenten Clement und Steinbrück gefiel Schöler. Beide Politiker sympathisierten damit, die Möglichkeiten embryonaler Stammzellforschung auszubauen. Damit machte die schwarz-gelbe Koalition allerdings Schluß. Die CDU setzte gegen den Willen der FDP durch, daß nur

Forschung mit adulten, nicht mit embryonalen Stammzellen gefördert wird. Seitdem sieht Schöler beim großen Koalitionspartner „noch erheblichen Bedarf, Überzeugungsarbeit zu leisten“.

Dennoch räumt Schöler ein, er sei mit seinen Arbeitsbedingungen rundum zufrieden. Damit NRW als Standort attraktiver wird, müßte es allerdings Hunderte solcher Stellen mit Gestaltungsspielraum und viel Zeit zum Forschen geben, meint Schöler. Jungen Wissenschaftlern sollten zumindest schnellere Aufstiegschancen durch inneruniversitären Wettbewerb eingeräumt werden. Wenn etwa ein Juniorprofessor viel Geld für seine Forschungsprojekte einwerbe, müßte ihm auch mehr Laborraum zur Verfügung gestellt werden. Und umgekehrt: Wer weniger erwirtschaftet, dem müsse entsprechend Forschungsraum genommen werden. *trs*

Der Daheimgebliebene: Axel Ockenfels

ALS WUNDERKIND der Wissenschaft in NRW gilt der Kölner Ökonom Axel Ockenfels. Mit 25 macht er sein Diplom, vier Jahre später promoviert er, nochmals vier Jahre drauf habilitiert er mit erst 33 Jahren – und nun, mit 36 Jahren, sitzt er bereits auf einer Spitzen-Professur für wirtschaftliche Staatswissenschaften. Zugleich leitet er (noch) das energie-wirtschaftliche Institut der Universität Köln. Nach zahllosen Preisen und Auszeichnungen, mit denen er überhäuft wurde, gehen viele Beobachter davon aus, daß er das Zeug zum Nobelpreisträger hat. Trotz etlicher Stellenangebote aus dem Ausland entschied sich der Reinländer für den Kölner Lehrstuhl. Entscheidend dafür war die Verleihung des Leibniz-Preises, räumt er ein. Dieser mit 1,55 Millionen Euro höchstdotierte Forscherpreis der Republik wird

an Spitzenkräfte verliehen, damit sie sich von Lehrverpflichtungen befreien und auf die Forschung konzentrieren können. Genau dazu nutzte Ockenfels das Preisgeld: Er stellte Lehrkräfte ein, die einen Teil seiner Lehraufgaben übernahmen. Dennoch lehrt Ockenfels und betreut Studenten. Nur eben deutlich weniger als viele seiner Kollegen. Pikant ist, daß der Ökonom sich deshalb für den Standort NRW entschied, weil der Leibniz-Preis ihm für NRW untypische Arbeitsbedingungen verschaffte.

Die typischen Bedingungen dagegen nennt er ungünstig. Anders als in den USA oder in den Niederlanden fehle den Professoren hierzulande die Freiheit, sich schwerpunktmäßig für die Forschung oder für die Lehre entscheiden zu dürfen. Axel Ockenfels plädiert dafür, jungen Wissenschaftlern zu gestatten, am Anfang ihrer Karrie-

re mehr zu forschen und weniger zu lehren. Später, wenn der Forscherdrang allmählich nachlasse und die Weisheit zunehme, würde der Schwerpunkt dann auf die Lehre gelegt. Davon könnten auch die Studenten profitieren. Unattraktiv an der deutschen Forschung sei schließlich die Überlastung der Professoren mit Verwaltungsarbeit. Hier könne nur die verstärkte Einstellung von Verwaltungsprofis helfen. *trs*

Der Exilant: Till von Wachter

ER IST EINER von denen, die man gern zurück hätte: der 32jährige Till von Wachter aus Bonn. In der Schule übersprang er eine Klasse, sein Diplom als Volkswirt machte er mit Auszeichnung (besser geht es nicht), dann zog es ihn an die Universität von Kalifornien in Berkeley. Dort promovierte er, wurde Arbeitsmarkt-Spezialist und knüpfte Kontakte in der Wissenschaftler-Szene. Nach der Promotion hatte er die Wahl: entwe-

der nach Deutschland zurück, auf eine Juniorprofessur, oder in den USA bleiben, wo mehrere Assistenzprofessuren winkten. Bis dahin entsprach er ganz und gar den Wünschen deutscher Forschungspolitiker: Im Ausland lernen und besser werden, dann aber in die Heimat zurückkehren und sie mit dem gewonnenen Know-how bereichern – so verhält sich in Politiker-Augen der ideale deutsche Nachwuchsforscher.

Aber wie so viele Deutsche im Ausland wollte von Wachter diesem Drehbuch nach der Promotion nicht folgen: Er wurde Assistenzprofessor an der Columbia-Universität in New York, obwohl er gern wieder in der Nähe seiner Familie in NRW leben würde. Doch einerseits hält ihn zu vieles in den USA – zum Beispiel daß es dort mehr Wissenschaftler auf einem Fleck gibt und mehr Mög-

lichkeiten zur Eigeninitiative, dafür weniger Verwaltungsaufwand und Hierarchie. Andererseits schreckt ihn zu vieles hierzulande ab – wie die höheren Lehrverpflichtungen, das vergleichsweise niedrige Gehalt oder die geringeren Möglichkeiten, Forschungsgelder einzuwerben und sich von Lehraufgaben freizukaufen. „Wenn Professoren in Deutschland schon weniger Kollegen und geringeres Gehalt haben“, meint von Wachter, „sollte man ihnen zumindest bei Lehrverpflichtungen und Forschungsgeldern das Leben erleichtern.“ Wie solle der deutsche Forschungsstandort sonst mit den USA konkurrieren? So lange der Arbeitsmarkt für Forscher aber noch auf Rot stehe, will der Arbeitsmarktexperte lieber im Ausland bleiben und warten, ob demnächst mehr Wind unter die deutschen Talare kommt. *trs*

